

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Nr. 174.

Dresden, Sonnabend den 31. Juli 1909.

20. Jahrg.

**Abonnementpreis** mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3. —, Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion:** Zwingerstraße 21, II. Telefon 2465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Zwingerstraße 21. Telefon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

**Inserate** werden die 6spaltige Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

## Die erste Quittung.

**Neustadt i. d. Pfalz, 31. Juli. Amtliches Wahlergebnis.** Bei der gestrigen Reichstags-Wahl traten auf Suber (Soz.) 12719 und auf Dr. Csehler (nass.) 11765 Stimmen. 312 Stimmgettel waren ungültig. Suber ist somit gewählt.

Die Abrechnung mit dem Schnapsschloß hat begonnen. Ueber Neustadt-Bandau, dem ehemals liberalen Bezirk, liegt gestern die rote Flagge leuchtend auf. Die 12719 sozialdemokratischen Stimmen sind eine Antwort auf die Mißwirtschaft der bürgerlichen Parteien, wie sie jedenfalls der nationalliberale Kandidat Csehler auch in seinen schmerzhaften Träumen nicht voraussehen konnte.

Bei der Hauptwahl am 20. Juli erhielten die Nationalliberalen 9105, die Bündler 2487, das Zentrum 7056, die Sozialdemokraten 8384 Stimmen. Es sind danach im ganzen 27 032 gültige Stimmen abgegeben worden. Für die Stichwahl am Freitag berechnet das amtliche Wahlergebnis 12719 sozialdemokratische und 11765 nationalliberale, im ganzen 23 484 Stimmen, also ein Minus von 4548. Das Resultat läßt vermuten, daß die Bündler geschlossen für den Nationalliberalen eingetreten sind, während die offizielle Wahlschlagparole des Zentrums nicht strikt befolgt worden ist.

Zweifellos hatte die Sozialdemokratie wahlkräftige Reserven für die Stichwahl im Hintergrunde, die unter dem Druck der neuzeitlichen Mobilisierung wurden. Aber so viel Reserven schlummerten nicht, daß wir mit ihnen die Resultate hätten weisern können. Der Liberalismus, der mit dem Handaband angeblich so etwas wie den Block von Bebel bis Wasserfall gegen Zentrum und Konervative zusammenquillt, zeigte hier bei der ersten Probe sein richtiges Gesicht und bekam die richtige Ohrfeige. Er erwiderte plötzlich in der Sozialdemokratie wieder das größere Uebel und betrat die Isolationstafel um die Stimmen der schwarzen Partei, die er nach dem Vortritt der Blockpolitik nicht schwarz genug malen konnte. Aber das Zentrum übte den Liberalismus und beschloß Wahlenthaltung. Ein großer Teil der bisher im Zentrumsschlepptau gegangenen Arbeiter jedoch machte ganze Arbeit, schloß Zentrum und Liberalismus und stimmte für die Partei, die inmitten des wüsten Volksbetrugs im Reichstag allein unantastbar und aufrichtig stand.

Wir dürfen hoffen, daß die bei der pfälzischen roten Wahlgang Kundgebung gekommene Volksempörung für die arbeitende Bevölkerung Deutschlands symptomatisch ist. Ein Sturmzeichen ist ausgeflogen, ein Zeichen der Erkenntnis in den Köpfen Tausender, die uns bisher fern standen. An den Parteigenossen wird es liegen, landauf landab die Erkenntnis, die den tausenden sehend Gewordenen aus der jüngsten Steuerprellererei hervorzuschauen, mit zügigem Eifer sozialistisch zu vertiefen.

## Bitte zahlen!

Morgen, am 1. August, treten die ersten neuen Steuern in Kraft. Millionen von Bewohnern gegen die Regierung und den Schnapsschloß werden ausgelassen werden, auch von sonst gebullderten Bürgern, denen die erhöhten Bierpreise nun erst zum Bewußtsein bringen, daß es ernsthaft ans Zahlen geht! Am Vortage ist der Whilister ja in der Regel ein politischer Geld; da donnert er oft kräftig auf die Regierung und die herrschenden Parteien, und soll er nun gar neue Steuern zahlen — o, dann kommt er ganz aus dem Land und Wand. Aber nur am Vortage! Und so wie er heute flucht und wehert, so jubelt er im Februar 1907, als er in seinem großen Unverstande die demokratische Vertretung im Reichstage — d. h. die sozialdemokratische — geschmäht und die jegliche Mehrheit verschaffen konnte. Nun muß die Rede bezahlt werden, die der aus den Kaffernwahlen 1907 hervorgegangene Reichstag gemacht hat — da erwacht auch der Whilister aus seinem „nationalen“ Rauische und ein elender Kassenjammer stellt sich ein. So geht es eben: Wer die Augen nicht aufmacht, der muß den Beutel aufmachen! Ob diese Lehre nun helfen und auch ein Spielbürger zur Besinnung bringen wird? Wir wollen es abwarten.

Am schwersten aber werden ja die Arbeiter getroffen. Für diese heißt es: den Riemen enger schnallen! Der Arbeiter, er die ganze Woche, Tag für Tag, vom frühen Morgen bis zum Abend, schwer gearbeitet hat und nun an Sonntagen mit einer Familie sich einen kleinen Genuß verschaffen möchte, der sich erst noch einmal die paar Pfennige zählen, die für solche Zwecke erübrigt werden können, und gar mancher wird zu dem Resultate kommen, daß es nun nicht mehr ausreicht zu einem kleinen Sonntagsergötzen. Und will er sich die kleine Abwechslung und den mäßigen Genuß nicht versagen, so muß er dafür in anderer Art büßen. Denn auch die allgemeinen

Haushaltungskosten werden nun wieder größer — und wo das Geld hernehmen? Es reicht ja bisher nicht zum Notwendigsten. Und die Preiserhöhungen sind diesmal ganz außerordentlich groß, auch deshalb, weil die Unternehmer die Gelegenheit benutzen wollen, die Preise noch weit mehr, als der Steuerbetrag ausmacht, zu steigern. Vor allem sind es die Brauereien, die mit der neuen Biersteuer noch ein Geschäft machen wollen.

Die neue Biersteuer tritt am 1. August in Kraft und sehr bald wird das Glas Bier mit einem Preisaufschlag verkauft werden, der sehr verschieden ist. In Berlin haben die Brauereien beschlossen, den Bierpreis derart zu erhöhen, daß die Birte das halbe Liter mit einem Zuschlag von mindestens 5 Pf. verkaufen müssen. In Bayern werden dagegen die Brauereien und Birte nur einen Aufschlag von 2 Pf. für das Liter nehmen. Und das entspricht ungefähr der Steuer. Auch in Württemberg haben die Brauereien einen Preisaufschlag von 2 Pf. für das Hektoliter beschlossen, die Dresdner Brauereien aber nehmen eine Erhöhung des Preises von 2,80 bis 3 Pf. für das Hektoliter vor.

Ebenso verschieden sind die Preiserhöhungen der Birte. Aber um 3 bis 5 Pf. dürfte das Glas Bier allgemein teurer werden, da auch wieder kleinere Gläser zur Verwendung kommen sollen. Es steht also fest, daß neben dem an sich schon großen Steuerzuschlag noch eine besondere Preiserhöhung vorgenommen wird. Die Brauereien suchen ihr Vorgehen mit einer gänzlich falschen Darstellung der Biersteuer zu rechtfertigen, indem sie vor allem behaupten, die 100 Millionen Mark Biersteuern hätten allein die norddeutschen Brauereien zu tragen, und sie danach ihre Rechnung aufstellen. Das ist aber nicht richtig. Auch die süddeutschen Staaten, Bayern, Württemberg, Baden und Elsaß-Lothringen, müssen ganz selbstverständlich in gleicher Weise wie Norddeutschland zur Steuer beitragen, nur mit dem Unterschiede, daß diese Staaten ihre besonderen Brauergesetze haben, sie einen entsprechend ihrer Landesproduktion festgesetzten Beitrag in die Reichskasse zahlen und nun von ihren Landtagen die Erhöhung der Biersteuer besonders beschließen lassen. Bayern muß zu den 100 Millionen neuer Biersteuern 18, Württemberg 5 und Baden und Elsaß-Lothringen müssen zusammen auch etwa 5 Millionen beitragen; dazu kommt noch die Uebergangsabgabe, die von dem Bier erhoben wird, das aus Süddeutschland nach dem Gebiet der Norddeutschen Brauergemeinschaft zur Einfuhr gelangt, die etwa 7 1/2 Millionen Mark einbringt, so daß also Süddeutschland rund 30 Millionen, die Norddeutsche Brauergemeinschaft rund 70 Millionen Mark von den neuen Steuern aufbringen müssen. Das entspricht auch ganz der Berechnung der Regierung. Die Steuer beträgt für den Doppelzentner Braustoffe im Durchschnitt 10 Pf. mehr als bisher. Da seither über 8 Millionen Doppelzentner Braustoffe in Norddeutschland jährlich zur Verfeuerung kamen, mit einem Rückgang der Produktion von 10 Prozent gerechnet wird, so ist ein Verbrauch von 7 Millionen Doppelzentnern Braustoffe zu erwarten, auf die 70 Millionen Mark mehr Steuern kommen. Aus einem Doppelzentner Malz werden mindestens etwa 6 Hektoliter Bier gewonnen — große Brauereien erzielen eine viel höhere Ausbeute — und deshalb beträgt die Mehrbelastung für die Brauereien etwa 1,40 bis höchstens 1,80 Pf. für das Hektoliter Bier. Wenn der Bierpreis um mehr als 2 Pf. für das Liter erhöht wird, kommt das Mehr den Brauereien und Wirten zugute. Und dem Volke werden daher nicht nur 100 Millionen neuer Steuern, sondern auch noch einige hundert Millionen neuer Profite für Brauereien und Wirte mit der Bierpreiserhöhung abgenommen.

Die Brauereierträge sind aus diesem Grunde in den letzten Wochen bereits ganz bedeutend gestiegen! So schlägt das Kapital aus den neuen Steuern noch erhöhte Profite heraus und das arbeitende Volk muß bluten, es wird doppelt und dreifach geschädigt! Eine Bierpreiserhöhung von einem Pfennig für das halbe Liter bedeutet für den Arbeiter schon eine schwere, empfindliche Belastung. Und nun soll das Glas Bier 3 und 5 Pf. mehr kosten! Dazu kommt noch, daß durch den erwarteten Produktionsrückgang viele Brauereiarbeiter brotlos werden und das Angebot von Arbeitskräften vermindert.

Die Kerntzen der Armen, die in einem Glase Brantwein in ihrem jammervollen Leben suchen, müssen vom 1. Oktober an, an dem die Brantweinsteuer in Kraft tritt, etwa ein Drittel mehr für ein Glas Schnaps aufwenden, die Preise werden sich um etwa 35 bis 40 Prozent erhöhen. Sie soll 80 Millionen aufbringen. Damit mit einer Flucht vom Dämon Alkohol zum soliden Kaffee oder Tee keine „Steuerhinterziehung“ begangen werden kann, wird auch das Pfund Tee von morgen an 40 Pf. mehr kosten und der Kaffee um 15 bis 20 Pf. für das Pfund in die Höhe gehen.

Die Erhöhung des Zeezollens um 75 Pf. für das Kilo und des Kaffeezollens von 40 auf 60 für ungebraunten und auf 85 Pf. für das Kilo für gebrannten Kaffee tritt nämlich auch am 1. August in Wirksamkeit. Die Streichhölzer haben zwar noch eine Gnadenfrist bis zum 1. Oktober, aber damit nicht etwa das nationale Feuer durch ausländische Bündwaren entzündet werden kann, tritt morgen der Zoll auf Bündwaren in Kraft. Die Streichholzfabrikanten haben dann keine ausländische Konkurrenz mehr zu fürchten und die Preise werden von jetzt an schon wesentlich steigen. So wird der moralische

Tag für das deutsche Volk von tief einschneidender Bedeutung sein!

Am 15. August wird dann noch die neue Tabaksteuer in Kraft treten. Bisher wurde vom Tabak allgemein eine Steuer von 45 Pf. für den Doppelzentner und vom ausländischen Tabak noch ein Zollzuschlag von 40 Pf. erhoben, so daß der eingeführte Tabak — der ja im wesentlichen in Betracht kommt — mit 85 Pf. für den Doppelzentner belastet war. Für den Inlandstobak wurde nun die Steuer von 45 auf 57 Pf. erhöht, während vom eingeführten Tabak und den importierten Zigarren zu dem jetzigen Zoll noch ein Zeezuschlag von 40 Prozent erhoben wird. Der Wert wird durch Sachverständige festgesetzt, durch hohe Strafen — Geldstrafen bis 100 000 Pf. und Gefängnis bis 2 Jahre — soll der Betrug verhindert werden; außerdem hat die Regierung das Recht, den Tabak zu dem vom Händler angegebenen Wert mit einem Zuschlag von 5 Prozent anzukaufen, wenn eine Einigung über die Wertfestsetzung nicht erzielt werden kann. Die Preiserhöhungen werden sich also progressiv nach der Qualität gestalten, weil die neue Belastung sich nach dem Werte richtet. Die billigeren Sorten Tabak und Zigarren werden um etwa 20 Prozent teurer. Eine 5-Pfennig-Zigarre wird daher in Zukunft 6, eine 7-Pfennig-Zigarre aber 9 Pf. kosten usw. Eine Import, die jetzt zu 1 Pf. verkauft wird, kostet 1,40 Pf. Wer solche Zigarren raucht, kann das bezahlen. Aber diese Importen bringen nicht viel ein — die Masse muß es bringen, und das sind die billigeren Zigarren, die die Armen rauchen. Diese sind es, die auch mit der neuen Tabaksteuer am härtesten getroffen werden. Und zu den neuen Lasten werden auch infolge der Tabaksteuer größere Arbeiterentlastungen zu verzeichnen sein, die neues Geld über Tausende von Arbeitern und eine Verschlechterung des Arbeitsmarktes bringen. Eine große Berliner Firma hat bereits etwa 130 Seminararbeitern gekündigt und man rechnet auch in Unternehmungskreisen damit, daß mindestens 20 000 Tabakarbeiter brotlos werden. Was können da die 4 Millionen viel helfen, die der Reichstag zur „Unterstützung“ — nicht zur Entschädigung! — der infolge der Steuer arbeitslos werdenden Tabakarbeiter bewilligt hat. Es kommen dann auf jeden 200 Pf. Und es steht doch noch gar nicht fest, ob die Zahl der Arbeitslosen nicht viel größer sein wird. Als England seine Tabaksteuer erhöhte, hatte es einen Anstieg von einer Million Pfund Tabak im Jahre, und so wird es in Deutschland auch kommen.

Hoffen wir, daß diese neuen Steuern mit ihren schlimmen Folgen wenigstens auch eine gute Wirkung haben werden: daß sie nun auch die Gleichgültigsten aus dem Schlafe rütteln und ihnen die Augen aufmachen. Wenn jetzt das Volk noch nicht zur Einsicht kommen sollte, daß es höchste Zeit ist, mit dieser Politik ein Ende zu machen, wäre ihm nicht zu helfen. Aber wir sind überzeugt, daß auch nach dieser Richtung der 1. August 1909 einen Wendepunkt bedeutet. Denn wenn es ans Gehen geht, hört bekanntlich die Gemütskraft auf. Und diesmal wird eine große Rechnung präsentiert!

Einer Aufschrift aus Berlin entnehmen wir folgende Sätze: Heute stellt sich der Wand der Landwirte in seinem Flugblatt entgegen darüber, daß die Brauereien statt der tatsächlichen Mehrbelastung von 1,40 bis 1,80 Pf. für das Hektoliter einen Aufschlag von 4 bis 5 Pf. nehmen wollen. Wer aber trägt die Schuld daran, daß dergleichen möglich ist? Bei der dritten Lesung der Brauereierträge überließ der schwarze Schnapsschloß den Reichstag mit einem sorgfältig vorbereiteten, bis dahin aber ansichtlich geheim gehaltenen Antrag, monoch für neue Brauereien, die nach dem 1. August 1909 in Betrieb genommen werden, sich die Steuerhöhe bis 31. März 1915 um die Hälfte und von da bis zum 31. März 1918 um ein Viertel erhöhen. Bis 1918 kann also eine neue Brauerei so gut wie gar nicht aufkommen. So hält die Steuererhöhung des schwarzen Schnapsschloßs bewußt und absichtlich den Reichstag als Konkurrenz zum Reibe, sie bindet dem Publikum die Hände, während der Brauer ihm die Taschen durchstößt.

Und da wollen diese Jammerhelden, die die Strafe des Volkes fürchten, sich hinterlegen und gemeinlich sprechen: „Bitte, wir sind“ nicht gewesen. Nicht wir, die Abgeordneten v. Heydebrand, Dieckhoff, Rattmann, Spahn, Schäfer, Wiesner usw., sind Schuld, sondern der Brauer Friedrich Wilhelm Lehmann, daß die Arbeiter Vergeltung ausüben! Das Volk weiß ganz genau, daß die Männer des schwarzen Schnapsschloßs ihm verantwortlich sind für jeden Pfennig mehr, den es vom 1. August an im Kaufmannsladen, beim Zigarrenhändler und in der Wirtstube zu bezahlen hat. Und wenn man diese Pfennige zusammenschüttelt, wird man mit 310 Millionen jährlich nicht auskommen, wahrscheinlich nicht einmal mit dem Doppelten. Infolge der schwarzen Finanzreform steigen die jährlichen Kosten eines Haushaltes vom 1. August 1909 um mindestens 50 bis 60 Pf., und die politische Verantwortung dafür tragen:

Konervative, Reichspartei, Zentrum, Polen, Antisemiten!

## Briand vor der Kammer.

Von unserem Korrespondenten.

Ch. R. Paris, 29. Juli.

„Was ist Sache der Geschwindschleife“, sagte mir einmal Briand. In seiner Kammerrede am Dienstag, die die Ministererklärung ergänzte, ist der geschickte Minister dieser Devisen vollkommen treu geblieben.